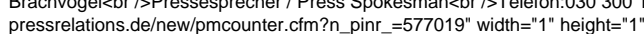




Hildegard Müller zur Evaluierungsstudie zur Kraft-Wärme-Kopplung des Bundeswirtschaftsministeriums

Hildegard Müller zur Evaluierungsstudie zur Kraft-Wärme-Kopplung des Bundeswirtschaftsministeriums
Mit einiger Verzögerung hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) heute die Evaluierungsstudie zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) veröffentlicht. Neben dem eigentlichen Monitoring-Bericht zum Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWK-G) umfasst die Studie eine laut EU-Energieeffizienzrichtlinie (EED) durchzuführende KWK-Potenzialanalyse sowie die Untersuchung über die Rolle der KWK im zukünftigen Energiesystem. Hildegard Müller, Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), erklärt im Hinblick auf die bevorstehende Novelle des KWK-G: "Die Energiewirtschaft begrüßt, dass mit der KWK-Studie nun endlich die Grundlage für die Novelle des KWK-Gesetzes geschaffen worden ist. Diese ist dringend notwendig, um drohende Abschaltungen von hocheffizienten KWK-Anlagen in der allgemeinen Versorgung zu verhindern. Nach der Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) geht es jetzt darum, mit der KWK-G-Novelle eine wirtschaftliche Basis für hocheffiziente KWK-Anlagen im Bestand, im Neubau und der Modernisierung zu schaffen. Nur so können das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel von 25 Prozent KWK-Stromanteil bis 2020, das Klimaschutz- sowie das Effizienzziel der Bundesregierung für 2020 erreicht werden. Die Energiewende erzeugt ein ihren eigenen Zielen abträgliches Paradoxon: die effizientesten Anlagen, die neben Strom auch klimaschonend und preisgünstig Wärme für Heizung, Warmwasserbereitung sowie Industrieprozesse erzeugen, arbeiten seit zwei Jahren unwirtschaftlich. Trotz hoher Verluste aus dem Stromgeschäft besteht weiterhin die Pflicht zur Versorgung der Wärmenetzkunden. Die Wärmeerlöse reichen jedoch bei Weitem nicht aus, den defizitären Stromverkauf der KWK-Anlagen auszugleichen. Viele Stadtwerke und Kommunen sind von dieser prekären Situation bereits betroffen. Parallel zur Novelle des KWK-Gesetzes müssen die Vorbereitungen für das künftige Marktdesign weitergehen. Es müssen die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden, dass sich der Betrieb von Kraftwerken wieder lohnt. Wir haben eine entsprechende Lösung mit dem dezentralen Leistungsmarkt vor über einem Jahr vorgestellt. Die Energieeffizienzrichtlinie der EU gibt den Mitgliedsstaaten vor, die KWK-Potenziale umfassend zu heben. Der KWK-Bericht hat klar herausgearbeitet, dass ein betriebs- wie volkswirtschaftlich hohes KWK-Potenzial in Deutschland vorhanden ist, aber Verbesserungen im KWK-Gesetz dringend notwendig sind. Nun muss als nächster Schritt zügig ein entsprechender Referentenentwurf vom Bundeswirtschaftsministerium erstellt werden. Nur mit einer kurzfristigen Überarbeitung des KWK-Gesetzes können flexible KWK-Anlagen weiterhin und künftig die schwankende Stromerzeugung aus Sonne und Wind flankieren. Gleichzeitig bleibt das 25 Prozent-KWK-Ziel erreichbar, werden CO₂-Emissionen gesenkt sowie die Effizienz im Wärmemarkt gesteigert." Nach dem Login (oben rechts) finden Mitglieder weitere Informationen und Serviceleistungen. Ansprechpartner: Frank Brachvogel / Pressesprecher / Press Spokesman / Telefon: 030 300 199-1160 / E-Mail: presse@bdew.de


Pressekontakt

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

10117 Berlin

presse@bdew.de

Firmenkontakt

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.

10117 Berlin

presse@bdew.de

Die Demokratie lebt vom Wettstreit der Meinungen und vom Ausgleich der Interessen. Das Werben um Mehrheiten ist ein wesentlicher Bestandteil unserer politischen Ordnung. Dabei sind die Überzeugungen und Interessen des Einzelnen nur dann politisch wirksam, wenn sie gebündelt vorgetragen werden und die Zustimmung vieler finden. Die deutsche Energie- und Wasserwirtschaft stellt sich den Herausforderungen der Zukunft, um eine sichere, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energie- und Wasserver- sowie Abwasserentsorgung zu gewährleisten. Der BDEW vertritt die Anliegen seiner Mitglieder gegenüber Politik, Fachwelt, Medien und Öffentlichkeit und orientiert sich dabei an einer nachhaltigen Energieversorgung sowie an einer Wasser- und Abwasserwirtschaft, die den Aspekten Umwelt- und Klimaschutz, Qualität und Sicherheit sowie Wirtschaftlichkeit gleiches Gewicht beimisst. Der BDEW mit seinen Landesorganisationen berät und unterstützt seine Mitgliedsunternehmen - die rund 90 Prozent des Stromabsatzes, gut 60 Prozent des Nah- und Fernwärmeabsatzes, 90 Prozent des Erdgasabsatzes, 80 Prozent der Trinkwasser-Förderung sowie rund ein Drittel der Abwasserentsorgung in Deutschland repräsentieren - in allen branchenrelevanten politischen, rechtlichen, wirtschaftlich-technischen und kommunikativen Fragen. Die sachliche Arbeit, getragen vom fachlichen Know-how sowohl der ehrenamtlichen Gremienmitglieder als auch der Mitarbeiter des BDEW, ist dabei die eigentliche Stärke des Verbandes. Der BDEW wurde im Herbst 2007 gegründet. Der BDEW ist zentraler Ansprechpartner für alle Fragen rund um Erdgas, Strom und Fernwärme sowie Wasser und Abwasser. Die Energiewirtschaft hat damit ihre Kräfte gebündelt und entwickelt energieträgerübergreifende Konzepte. Die Wasserwirtschaft mit ihrem eigenen ordnungspolitischen Rahmen nutzt die erheblichen Synergien, die ein großer Verband bietet. Das Leitmotiv des BDEW "Energie. Wasser. Leben." zeigt sowohl den Wirkungskreis als auch den Anspruch des Verbandes, dessen Mitgliedsunternehmen mit ihrer Leistung die Lebensqualität der Menschen sichern - heute und in Zukunft.